

Briefanschrift: IG Metall Nordhausen, Bahnhofstr. 15/16, 99734 Nordhausen

Vorsitzenden der SPD
Martin Schulz
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin

Sehr geehrter Herr Schulz,

mit den Bundestagswahlen hat sich das Parlament nicht nur vergrößert. Es hat auch „parlamentarische“ Strömungen in seinen Reihen hinzubekommen, die m. E. auch Ihnen nicht rechtens sein dürften. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen haben zu einer starken Verunsicherung in der Bevölkerung und ein Erstarken des rechten Randes geführt. Menschenfeindliche Parolen, Missachtung und Ausgrenzungen werden vielerorts, auch in Parlamenten, öffentlich ausgesprochen und bestimmen zunehmend die tägliche Debatte.

Datum:
20.12.2017

Unser Zeichen:
BSp/HM

Das Gefühl, dass es in unserem Land nicht mehr Gerecht zugeht, hat sich über einen jahrelangen Prozess entwickelt und festgesetzt. Der Sozialstaat wird nicht mehr als solcher wahrgenommen.

Die Wirtschaft befindet sich seit Jahren im Aufschwung, die Beschäftigtenzahlen steigen. Aber, das Gefühl abgehängt zu werden, wächst in nicht unwesentlichen Teilen der Bevölkerung gleichermaßen.

Wie passt dieser Widerspruch zusammen, wirtschaftlicher Aufschwung und der Eindruck abgehängt, nicht mitgenommen zu werden? In einem Land, was sich ständig den Titel des Exportweltmeisters oder Vizeweltmeisters verleihen lässt. Von einem wirtschaftlich kranken Land konnte und kann nicht die Rede sein. Doch die Armutsrisikoquote ist in Deutschland seit 2005 auf 15,7% gestiegen.

IG Metall Nordhausen

Bahnhofstr. 15/16
99734 Nordhausen

Telefon: 03 631- / 46 89 -0
Fax: 03 631- / 46 89 -22

E-Mail: nordhausen@igmetall.de

Internet:

Mit 13 Millionen in Armut (*Arbeitsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes*) lebender Menschen und einem steigenden Anteil der von Armut betroffener Kinder seit der Einführung der Harz IV Gesetze verwundert es nicht, dass ein derartiger Unmut in der Bevölkerung aufkommt. Für viele der über 43 Mio. sich in Arbeit befindenden Menschen reicht das Einkommen nicht, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Nicht wenige (*fast ein Viertel der Beschäftigten*) sind in einen ständig wachsenden Niedriglohnsektor (*Minijobs, Leiharbeit, befristete Beschäftigte*) beschäftigt und verdienen sich ihren Lebensunterhalt mit mehreren Jobs oder sind von Aufstockung abhängig. Leiharbeits- und befristete (prekäre) Arbeitsverhältnisse, mangelnde Mitbestimmung bei Fremdvergabe, ein fehlendes Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit, kein zwingendes Recht auf berufliche Fortbildung als auch eine Steuerpolitik welche die Arbeitnehmer*innen stärker besteuert als die Kapitalerträge (42%/25%) sind ein Teil der Ursachen. Die Mehrkosten der gesetzlichen Krankenversicherung gehen seit der Abschaffung der paritätischen Finanzierung einseitig zu Lasten der Arbeitnehmer*innen. Einhergehend mit der Rentenreform entwickelt sich die gesetzliche Rentenversicherung zur Armutsfalle vieler Menschen, als ein weiterer Teil der Ursachen. Hier gilt es einiges zu korrigieren. Die gesetzliche Krankenversicherung darf nicht differenzieren. Hier sind alle gleichermaßen heranzuziehen und jedem muss der Zugang zu den Leistungen offen stehen. Ebenso ist der weiteren Destabilisierung des gesetzlichen Rentenniveaus und der Deregulierung des Arbeitsmarktes entgegen zu treten. Die Dämpfungsfaktoren aus der Rentenanpassungsformel müssen entfernt, das Rentenniveau wieder auf das Niveau

IG Metall Erfurt

Wallstraße 18
99084 Erfurt

Telefon: 03 61- / 56 58 5-0
Fax: 03 61- / 56 58 5-99

E-Mail: erfurt@igmetall.de

Internet:

www.igmetall-erfurt.de

Datenschutzhinweis: Name, Adresse und zur Bearbeitung nötige Angaben werden vorübergehend gespeichert.

IG Metall –
Gewerkschaft für Produktion
und Dienstleistung im DGB

wie vor der Reform zurückgeführt, die Anhebung des Renteneintrittsalters und die Privatisierung der Altersversorgung rückgängig gemacht werden.

Die Delegierten der IG Metall Erfurt und Nordhausen haben sich vor den Bundestagswahlen sehr ausführlich mit der sozialpolitischen Schieflage auseinandergesetzt. Das Wahlergebnis kommt deshalb nicht überraschend. In Europa hat es sich mit Frankreich, Ungarn, Österreich, Belgien; Polen u.a. deutlich herauskristallisiert, was auch nach der Wahl in Deutschland als Rechtsruck bezeichnet wird. Es ist mehr als besorgniserregend.

Nach dem die Verhandlungen zur Regierungsbildung – Jamaika – gescheitert sind, obliegt es nun der CDU/CSU und der SPD darüber zu befinden, ob eine stabile Regierungsbildung möglich ist oder letztendlich Neuwahlen mit ungewissen Ausgang benötigt werden.

Die Delegierten der IG Metall Erfurt und Nordhausen erwarten, dass eine Politik für die Mehrheit der Menschen gemacht wird, die dem Prädikat einer sozialen Gerechtigkeit Rechnung trägt.

Gesellschaft, Arbeit und sozialer Frieden bedingen sich gegenseitig. Forderungen nach mehr sozialer Gerechtigkeit entstehen aus dem Bedürfnis einer fairen Beteiligung der Menschen an ihrer erbrachten Leistung in allen Lebenslagen. Die Möglichkeit der Teilhabe am geistigen, kulturellen, gesellschaftlichen Leben ist ein wesentlicher Bestandteil für eine stabile, friedliche von gegenseitigen Respekt und Achtung getragenen Demokratie. Politik und Wirtschaft sind dem Sozialstaat verpflichtet. Beenden sie die sozialpolitischen Fehlentwicklungen der letzten Jahre und legen sie einen neuen Grundstein dafür, dass die Menschen wieder Vertrauen in die Politik bekommen.

Mit freundlichen Grüßen



Bernd Spitzbarth

1. Bevollmächtigter der IG Metall Erfurt und Nordhausen

P.S.: gleiche Schreiben wurde an Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel gesendet

Briefanschrift: IG Metall Nordhausen, Bahnhofstr. 15/16, 99734 Nordhausen

Frau Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel,

mit den Bundestagswahlen hat sich das Parlament nicht nur vergrößert. Es hat auch „parlamentarische“ Strömungen in seinen Reihen hinzubekommen, die m. E. auch Ihnen nicht rechtens sein dürften. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen haben zu einer starken Verunsicherung in der Bevölkerung und ein Erstarken des rechten Randes geführt. Menschenfeindliche Parolen, Missachtung und Ausgrenzungen werden vielerorts, auch in Parlamenten, öffentlich ausgesprochen und bestimmen zunehmend die tägliche Debatte.

Das Gefühl, dass es in unserem Land nicht mehr Gerecht zugeht, hat sich über einen jahrelangen Prozess entwickelt und festgesetzt. Der Sozialstaat wird nicht mehr als solcher wahrgenommen.

Die Wirtschaft befindet sich seit Jahren im Aufschwung, die Beschäftigtenzahlen steigen. Aber, das Gefühl abgehängt zu werden, wächst in nicht unwesentlichen Teilen der Bevölkerung gleichermaßen.

Wie passt dieser Widerspruch zusammen, wirtschaftlicher Aufschwung und der Eindruck abgehängt, nicht mitgenommen zu werden? In einem Land, was sich ständig den Titel des Exportweltmeisters oder Vizeweltmeisters verleihen lässt. Von einem wirtschaftlich kranken Land konnte und kann nicht die Rede sein. Doch die Armutsrisikoquote ist in Deutschland seit 2005 auf 15,7% gestiegen.

Mit 13 Millionen in Armut (*Armut* *berichtet des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes*) lebender Menschen und einem steigenden Anteil der von Armut betroffener Kinder seit der Einführung der Harz IV Gesetze verwundert es nicht, dass ein derartiger Unmut in der Bevölkerung aufkommt. Für viele der über 43 Mio. sich in Arbeit befindenden Menschen reicht das Einkommen nicht, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Nicht wenige (*fast ein Viertel der Beschäftigten*) sind in einen ständig wachsenden Niedriglohnssektor (*Minijobs, Leiharbeit, befristete Beschäftigte*) beschäftigt und verdienen sich ihren Lebensunterhalt mit mehreren Jobs oder sind von Aufstockung abhängig. Leiharbeits- und befristete (prekäre) Arbeitsverhältnisse, mangelnde Mitbestimmung bei Fremdvergabe, ein fehlendes Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit, kein zwingendes Recht auf berufliche Fortbildung als auch eine Steuerpolitik welche die Arbeitnehmer*innen stärker besteuert als die Kapitalerträge (42%/25%) sind ein Teil der Ursachen. Die Mehrkosten der gesetzlichen Krankenversicherung gehen seit der Abschaffung der paritätischen Finanzierung einseitig zu Lasten der Arbeitnehmer*innen. Einhergehend mit der Rentenreform entwickelt sich die gesetzliche Rentenversicherung zur Armutsfalle vieler Menschen, als ein weiterer Teil der Ursachen. Hier gilt es einiges zu korrigieren. Die gesetzliche Krankenversicherung darf nicht differenzieren. Hier sind alle gleichermaßen heranzuziehen und jedem muss der Zugang zu den Leistungen offen stehen. Ebenso ist der weiteren Destabilisierung des gesetzlichen Rentenniveaus und der Deregulierung des Arbeitsmarktes entgegen zu treten. Die Dämpfungsfaktoren aus der

Datum:
20.12.2017

Unser Zeichen:
BSp/HM

IG Metall Nordhausen
Bahnhofstr. 15/16
99734 Nordhausen
Telefon: 03 631- / 46 89 -0
Fax: 03 631- / 46 89 -22

E-Mail: nordhausen@igmetall.de
Internet:

IG Metall Erfurt
Wallstraße 18
99084 Erfurt
Telefon: 03 61- / 56 58 5-0
Fax: 03 61- / 56 58 5-99

E-Mail: erfurt@igmetall.de
Internet:
www.igmetall-erfurt.de

Datenschutzhinweis: Name, Adresse und zur Bearbeitung nötige Angaben werden vorübergehend gespeichert.

IG Metall –
Gewerkschaft für Produktion
und Dienstleistung im DGB

Rentenanpassungsformel müssen entfernt, das Rentenniveau wieder auf das Niveau wie vor der Reform zurückgeführt, die Anhebung des Renteneintrittsalters und die Privatisierung der Altersvorsorge rückgängig gemacht werden.

Die Delegierten der IG Metall Erfurt und Nordhausen haben sich vor den Bundestagswahlen sehr ausführlich mit der sozialpolitischen Schieflage auseinandergesetzt. Das Wahlergebnis kommt deshalb nicht überraschend. In Europa hat es sich mit Frankreich, Ungarn, Österreich, Belgien; Polen u.a. deutlich herauskristallisiert, was auch nach der Wahl in Deutschland als Rechtsruck bezeichnet wird. Es ist mehr als besorgniserregend.

Nach dem die Verhandlungen zur Regierungsbildung – Jamaika – gescheitert sind, obliegt es nun der CDU/CSU und der SPD darüber zu befinden, ob eine stabile Regierungsbildung möglich ist oder letztendlich Neuwahlen mit ungewissen Ausgang benötigt werden.

Die Delegierten der IG Metall Erfurt und Nordhausen erwarten, dass eine Politik für die Mehrheit der Menschen gemacht wird, die dem Prädikat einer sozialen Gerechtigkeit Rechnung trägt.

Gesellschaft, Arbeit und sozialer Frieden bedingen sich gegenseitig. Forderungen nach mehr sozialer Gerechtigkeit entstehen aus dem Bedürfnis einer fairen Beteiligung der Menschen an ihrer erbrachten Leistung in allen Lebenslagen. Die Möglichkeit der Teilhabe am geistigen, kulturellen, gesellschaftlichen Leben ist ein wesentlicher Bestandteil für eine stabile, friedliche von gegenseitigen Respekt und Achtung getragenen Demokratie. Politik und Wirtschaft sind dem Sozialstaat verpflichtet. Beenden sie die sozialpolitischen Fehlentwicklungen der letzten Jahre und legen sie einen neuen Grundstein dafür, dass die Menschen wieder Vertrauen in die Politik bekommen.

Mit freundlichen Grüßen



Bernd Spitzbarth

1. Bevollmächtigter der IG Metall Erfurt und Nordhausen

P.S.: gleiche Schreiben wurde an Martin Schulz, Vorsitzender der SPD gesendet